

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 181 (2015)
Heft: 7

Artikel: Australiens Terrorabwehr vor neuen Herausforderungen
Autor: Klötzli, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583170>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Australiens Terrorabwehr vor neuen Herausforderungen

Die Bedrohung, die vom internationalen Terror ausgeht und auch mit der Schweiz verbundene Ziele treffen kann, hat sich gewandelt. Extremistische Umtriebe im eigenen Land nehmen zu. Die australische Regierung reagiert mit Gegenmassnahmen und bereitet eine neue Antiterror-Strategie vor, die sich vor allem gegen ausländische Kämpfer, Mitläufer und Sympathisanten richtet.

Stefan Klötzli

Am 15. Dezember 2014 hat ein Sympathisant des Islamischen Staates IS ein beliebtes, von einem Schweizer Unternehmen betriebenes Café mitten im Zentrum von Sydney angegriffen und 18 Menschen als Geiseln genommen. Bei der anschließenden Befreiungsaktion kamen neben dem Täter zwei Geiseln ums Leben. Die australische Gesellschaft war geschockt. Kaum jemand hatte ein schwerwiegendes Attentat im eigenen Land für möglich ge-



Fahrzeug der australischen Bundespolizei vor dem Regierungs- und Parlamentssitz in der Hauptstadt Canberra. Bild: Autor

halten. Terroristische Handlungen hatten sich bisher im weit entfernten Ausland abgespielt. Der Attentäter war den Behörden bereits seit längerem bekannt. Es war deshalb schwierig zu erklären, dass er seine Untat trotz polizeilicher Überwachung unbehelligt vorbereiten und ausführen konnte.

Wandlung des Bedrohungsbildes

Der bisher schwerste Terrorakt gegen australische Interessen war der Anschlag auf ein Nachtlokal in Bali im Jahr 2002, bei dem 88 Australier getötet wurden. Es ist deshalb naheliegend, dass sich Antiter-

rormassnahmen der australischen Regierung vornehmlich auf das Ausland konzentrierten. So beteiligen sich australische Truppen an der Seite der Vereinigten Staaten, dem engsten Bündnispartner des Inselkontinents, am Krieg gegen den Terror in Afghanistan und im Irak. Australien hat sich Ende 2014 fast vollständig aus Afghanistan zurückgezogen, beteiligt sich demgegenüber an der internationalen Koalition zur Bekämpfung des Islamischen Staates und will seine Präsenz noch weiter ausbauen. So hat die australische Regierung Anfang März 2015 angekündigt, das Kontingent im Irak von 170 auf über 450 Mann erhöhen zu wollen. Begleitende diplomatische und politische Massnahmen ergänzten bisher die Militäreinsätze Australiens. Dazu gehört einerseits das bilaterale Engagement Australiens hauptsächlich mit Staaten im südostasiatischen Raum in der Bekämpfung des Terrorismus (Erhöhung der Schlagkraft, Informationsaustausch) und andererseits die Zusammenarbeit in multilateralen Gremien wie dem Global Counterterrorism Forum, der wichtigsten internationalen Plattform zur Bekämpfung des Terrorismus.

Im Innern wurde die Terrorabwehr bereits nach dem «11. September» verschärft. Mit dem Aufstieg des IS im syrisch-irakischen Konfliktgebiet hat sich das Bedrohungsbild für Terroranschläge inzwischen stark gewandelt. Die Sicherheitslage in Australien hat sich laut Experten verschlechtert. Das Land ist heute mit einer neuen Generation von Jihadisten oder ausländischen Kämpfern konfrontiert. So hat sich eine wachsende Zahl von mehrheitlich jungen Australiern extremistischen Gruppen vor allem im Mittleren Osten angeschlossen. Die Eintrittsschwelle für potentielle Krieger ist dabei sehr tief, umso mehr als selbst unerfahrene Teenager im Islamischen Staat aufgenommen wer-

den – um im schlimmsten Fall als Selbstmordattentäter zu enden, wie es Anfang März dieses Jahres einem jungen Australier widerfahren ist. In den letzten Jahren gehen die australischen Behörden von 120–150 australischen Bürgern aus, die sich alleine dem syrischen Aufstand verschrieben haben. Einige davon kehren radikalisiert und kampferprobt in ihre Heimat zurück, wo sie eine erhebliche Bedrohung darstellen. Die australischen Sicherheitskräfte rechnen deshalb mit einer zunehmenden Zahl von potentiellen Terroristen, Mitläufern und Sympathisanten. Erschwerend kommt hinzu, dass Anschläge mit einfachen technischen Mitteln und ohne grössere Vorlaufzeit geplant und ausgeführt werden können. Mit anderen Worten: der Einzeltäter entwickelt sich zu einem immer grösseren Sicherheitsrisiko.

Gegenmassnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit

Als Reaktion auf diese Bedrohung hat die australische Regierung die Terrorismus-Gefahr im eigenen Land als «hoch» eingestuft. Das Gewicht der Antiterrormassnahmen hat sich stark auf die Wahrung der inneren Sicherheit verschoben. So befindet sich seit Mitte 2014 eine Reihe von Gesetzesvorlagen in der parlamentarischen Beratung, welche das Leistungsvermögen in der Abwehr von Terroranschlägen erhöhen sollen. Konkret sollen Sicherheitskräfte, Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste mit erweiterten Kompetenzen und höheren Mitteln ausgestattet werden. In der Öffentlichkeit sind dabei vor allem nachrichtendienstliche Befugnisse umstritten, welche die Pressefreiheit und den Datenschutz tangieren. Ende März 2015 hat das australische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Telefon- und Internetanbieter ver-

pflichtet, Kundendaten mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren und nötigenfalls den Zugang für die Behörden zu gewährleisten.

Die Antiterror-Massnahmen Australiens lassen sich auf drei Kernbereiche eingrenzen:

- «Disrupting»: Terroristische Anschläge von Einzelpersonen und Gruppen werden unterbunden. Die australischen Behörden haben offenbar in den letzten Monaten verschiedene geplante Attentate verhindern können. Laut Medienberichten soll es in mehreren Fällen gelungen sein, durch entsprechende Festnahmen der brutalen Ermordung von Polizeibeamten oder zufällig ausgewählten Passanten in Melbourne und Sydney zuvorkommen;



Angehörige der Special Operations Task Group (SOTG) im Einsatz in Afghanistan. Bild: Department of Defence

- «Undermining»: Terroristische Aktivitäten werden frühzeitig entdeckt und ausgehöhlt. Dazu gehören beispielsweise Massnahmen, welche geeignet sind, jegliche Unterstützung in Form von Finanzen, Gütern oder Personen von und zu Terroristen bzw. deren Netzwerken zu unterbinden. Darüber hinaus gilt es zu verhindern, dass Terroristen eine entsprechende Schlagkraft entwickeln können. Dies bedeutet konkret, dass man potentiellen Terroristen den Zugang zum Krisengebiet verwehrt, indem man sie an der Ausreise hindert. So haben die australischen Behörden in den letzten Monaten rund 100 australische Pässe annulliert oder sistiert;
- «Promoting»: Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll gefördert und die Widerstandskraft gegen Radikalisierung soll erhöht werden. Die australische Regierung will konkrete Massnahmen treffen, um insbesondere in Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden in den Grossstädten Sydney und Mel-

bourne radikalen gewaltsamen Ideologien den Boden zu entziehen.

Umriss einer neuen Anti-Terror-Strategie

Diese Massnahmen werden Teil einer langfristig angelegten und dem Bedrohungsbild angepassten neuen Anti-Terrorstrategie Australiens sein. Der australische Regierungschef, Tony Abbott, hat am 23. Februar 2015 in einer Rede zur Nationalen Sicherheit die Umriss einer entsprechenden Strategie skizziert. Kernstück dieser Strategie ist die effizientere Führung von Abwehrmassnahmen. Die für die Terrorismusabwehr zuständigen Institutionen sollen besser koordiniert werden. Zu diesem Zweck soll ein schlankes Koordinationsorgan unter Leitung eines noch zu ernennenden Nationalen Koordinators für Antiterrormassnahmen geschaffen werden. Zweitens soll das nationale System für öffentliche Terrorismuswarnungen vereinfacht werden. Drittens sollen Einwanderungsgesetze verschärft werden, so dass Extremisten die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Ein weiterer Massnahmenkatalog wendet sich gegen Personen, die aktiv die Radikalisierung fördern

und zur Gewalt ausrufen, wie so genannte Hassprediger.

Die Wahrung der inneren Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe Australiens, die von allen grossen Parteien mitgetragen wird. Die Herausforderung für die Regierung besteht darin, eine Balance zwischen dem Schutz der Privatsphäre – beziehungsweise der Redefreiheit – und dem Sicherheitsgewinn zu finden. ■

Der Autor äussert sich in diesem Beitrag in seiner persönlichen Eigenschaft. Seine hier geäusserten Ansichten sind nicht als offizielle Haltung der Schweiz, bzw. des Schweizer Aussenministeriums, zu verstehen. Es handelt sich nicht um eine Publikation des EDA.



Hauptmann
Stefan Klötzli
Dr. phil. II
1. Mitarbeiter Schweizerische Botschaft Canberra
3003 Bern

Aus dem Bundeshaus

Im Brennpunkt bleibt die Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069) mit Differenzen zwischen beiden Räten.



Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) beantragt einen Zahlungsrahmen für die Armee von mindestens je 5 Milliarden Franken über 4 Jahre und dies im Militärgesetz (MG) festzuschreiben, im Gegensatz zum Ständerat (SR). Ebenso will sie sechs anstatt fünf dreiwöchige Wiederholungskurse (WK), kein Kommando Operationen sowie die Kommandos Heer und Luftwaffe beibehalten. Sie streicht im Entwurf MG neben der Ombudsstelle die Entscheidungsbefugnis der Bundesversammlung über Ausserdienststellung von Kampf- und Führungsbauten. Sie hält, wie der SR, an einer parlamentarischen Verordnung «Armeeorganisation» (AO) fest mitsamt Regelung – anstatt im MG – von Rekrutenschule und WK. Die Differenzbereinigung ist für die Herbstsession 2015 vorgesehen. – Die SiK-NR stimmt dem Rüstungsprogramm 2015 (15.017) über 542 Millionen Franken zu (15.017): «Aufklärungsdrohnsystem 15», Schiesssimulator zum Sturmgewehr 90 «Neue Technologie» und «Leichtes Motorfahrzeug geländegängig für Fachsysteme». – Im NR eingereichte Interpellation: «Folgen der Reduktion des Armeebestandes» (15.3470).

Der SR genehmigt als Erstrat die Immobilienbotschaft 2015 in der Höhe von 468 Millionen Franken mit sechs Verpflichtungskrediten, darunter für ein «krisenresistentes Telekommunikationsnetz» sowie für Kasernensanierungen auf den Waffenplätzen Thun und Isonne. Er bewilligt die Vorlage «WEF 2016–2018 in Davos. Einsatz der Armee im Assistenzdienst» (15.026). Auf Antrag des Bundesrates lehnt der SR das Postulat «Reaktionsfähigkeit auf Krisen verbessern – Bestandserhöhung für die Armee» (15.3370) ab. Siehe auch Wortprotokoll vom 1. Juni 2015!

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE